

**AGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXV/1

Bonn, den 5. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite. Zeilen

1 Die Aufgabe der politischen Parteien 46

Von Dr. Hans Apel, MdB,

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

2 - 3 Die blutigste Grenze Europas 56

82 Menschen wurden an der Demarkationslinie  
in Deutschland getötet

4 - 5 Frankreichs Mittelmeerkurs 69

Neues Gewicht auf alte Beziehungen

Von Georg Scheuer, Paris

A N H A N G

Spanien an der Jahreswende 44

Ein Jahr mit großen Umwälzungen

Spanien: Monarchie, Syndikatsgesetz, Bildungsreform und neues Kabinett

Portugal: Parlamentswahlen wecken verschüttetes

demokratisches Bewußtsein

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

## Die Aufgabe der politischen Parteien

-----

Von Dr. Hans Apel, MdB,

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die volle Funktionsfähigkeit jeder parlamentarischen Demokratie hängt wesentlich vom Zustand der politischen Parteien des Landes ab. Denn nur die Parteiendemokratie hält eine moderne Großdemokratie funktionsfähig. Einen anderen Weg zur Ausübung kontrollierter und auf das Notwendige begrenzter Macht in Demokratien von der Größe unserer modernen Industriestaaten gibt es nicht. Jeder Versuch, die Parteiendemokratie zu überwinden, endet entweder im Chaos oder in einer Einparteiendiktatur sei es im Stile der SED oder im Stile der griechischen Junta.

Die Schwierigkeiten der italienischen Demokratie sind insofern eng verbunden mit den unstabilen parteipolitischen Verhältnissen in diesem Land. Auch die vielfältigen Probleme der französischen Demokratie finden eine wichtige Ursache in der fehlenden Integrationskraft der Parteien. Andererseits konnte Großbritannien die vielfältigen politischen wie ökonomischen Stürme der letzten Jahrzehnte nur deshalb überstehen, ohne Schaden an der funktionsfähigen parlamentarischen Demokratie zu nehmen, weil die großen Parteien den ihnen zugeordneten Aufgaben entsprechen konnten.

Unsere politische Stabilität wie unsere nach 1945 vollbrachte Wiederaufbauleistung und eine Reihe begonnener und in der Vollendung noch vor uns liegenden einschneidenden Reformen sind ebenfalls nur denkbar, weil wir das Glück hatten, nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Erfahrungen der Weimarer Demokratie lernen zu können und Parteien entwickelten, die ideologische Verkrustungen abbauten und damit offener für Neues und für weitere Wählerschichten wurden. Der Wahlerfolg der SPD in den letzten Bundestagswahlen krönt für uns diesen für unsere Demokratie so wichtigen Prozeß zu einer linken Reformpartei mit deutlichen politischen Grundsätzen und einer beachtlichen Mitgliederzahl.

Dennoch ist die volle Funktionsfähigkeit unserer Parteiendemokratie nicht ungefährdet. Extreme Gruppen versuchen immer wieder, sich der Parteien zu bemächtigen und ihre Struktur und Ausrichtung entscheidend zu verändern. Auch die so große und starke SPD darf Gefährdungen dieser Art nicht übersehen. Bei den anderen Parteien ist diese Gefahr wesentlich größer.

Das heißt allerdings nicht, daß unsere Parteien schon jetzt den ihnen in der Parteiendemokratie zugewiesenen Aufgaben voll gerecht werden und massive Kritik stets unberechtigt ist. Die innerparteiliche demokratische Willensbildung ist noch nicht voll entwickelt. Weitere Reformen sind zweifelsohne notwendig. Dennoch müssen wir wissen, daß unsere parlamentarische Demokratie nur dann voll funktionsfähig bleibt, wenn sich unsere Parteien ihre politische Spannweite, ihre Flexibilität, ihre Offenheit erhalten, ohne ihren klaren politischen Standort und ihre Integrationskraft zu verlieren. Die Rückkehr zu ideologisch verfestigten Parteien, die vor allem enge "Klasseninteressen" vertreten sollen, muß im Interesse der Weiterentwicklung unserer Demokratie vermieden werden.

## Die blutigste Grenze Europas

---

82 Menschen wurden an der Demarkationslinie

in Deutschland getötet

sp - Von Lübeck bis Hof in Bayern zieht sich die 1.083 km lange Demarkationslinie, die die Bundesrepublik von der DDR trennt. Es ist die perfektionierteste Grenze Europas, versehen mit Wachtürmen, Minenfeldern und Stacheldrahtzäunen und bewacht von schwer bewaffneten Grenzsoldaten und Spürhunden. Jeder, der diese Grenze sieht, spürt hier die Tragik eines geteilten Landes, die zu überwinden jeder Deutsche auch unter den schwierigsten Umständen aufgerufen ist.

Die menschlich und politisch tragische Bilanz dieser widernatürlichen Demarkationslinie ist aus den Akten der "Zentralen Erfassungsstelle der westdeutschen Landesjustizverwaltungen" in Salzgitter zu ersehen.

Von November 1961 bis 1969 wurden von der Erfassungsstelle in Salzgitter 10.215 Vorermittlungsverfahren eingeleitet. Davon entfielen 3.090 auf Schußwaffengebrauch. 3.011 Fälle wurden aus dem unmittelbaren Bereich an der Grenze rekonstruiert, 3.137 aus dem Raum Berlin und 4.067 aus der DDR selbst. Im Jahr 1969 (bis 30.11.) wären es 1.023 Verfahren, im Vorjahr 1.166 und 1967 genau 1.064. Dabei muß man wissen, daß seit 1969 Freiheitsberaubungen und im Zusammenhang hiermit begangene Körperverletzungen nicht mehr registriert werden.

- \* Nach den bisherigen Feststellungen sind an der Demarkations-
- \* linie 82 Menschen gestorben. Sie wurden entweder bei dem

- Versuch, die Grenze zu überschreiten, erschossen oder durch
- Minen so schwer verletzt, daß sie bald danach starben.
  
- Diese Zahl würde sich noch ganz beträchtlich erhöhen, wenn man
- die Todesfälle hinzurechnet, die sich an den Berliner Grenzbe-
- festigungen ereigneten.

Die "Zentrale Erfassungsstelle" in Salzgitter hat in den acht Jahren ihrer Tätigkeit aber auch zahlreiche Fälle registriert, in denen Grenzsoldaten der DDR offensichtlich bewußt flüchtende Personen begünstigten, indem sie keine gezielten Schüsse abgaben. Ob es sich hierbei um ein Mitleidsverhalten der betreffenden Grenzsoldaten gehandelt hat oder ob bei dem einen oder anderen von ihnen das Unrechtsbewußtsein gegenüber dem Schießbefehl eine Rolle spielt, kann im einzelnen nicht gesagt werden. Zahlreiche Aussagen von geflüchteten Grenzsoldaten deuten jedoch darauf hin, daß das Unrechtsbewußtsein gegenüber dem Schießbefehl besonders bei jungen Menschen vorhanden ist, die den Flüchtenden eine Chance geben wollen.

Diese Feststellungen beantworten indirekt auch die Frage nach der Berechtigung der Existenz der "Zentralen Erfassungsstelle der westdeutschen Landesjustizverwaltungen". Die hier tätigen Beamten wissen zwar, daß ihre Ermittlungen keinen unmittelbaren praktischen Wert haben, sie können jedoch darauf hinweisen, daß allein die Existenz der Erfassungsstelle zahlreiche Grenzsoldaten immer wieder daran erinnert, wie widernatürlich der ihnen auferlegte Schießbefehl an einer Grenze ist, die Deutsche von Deutschen trennt.

Die erschütternden Beispiele tragischer Vorgänge an der Demarkationslinie mahnen jeden Tag, daß nichts unversucht bleiben darf, um zu einem geregelten Miteinander zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu gelangen.

Wer sich mit den widernatürlichen Vorgängen an dieser Demarkationslinie abfindet, verzichtet darauf, den mühevollen Weg zu einer Überwindung der blutigsten Grenze Europas einzuschlagen.

## Frankreichs Mittelmeerkurs

Neues Gewicht auf alte Beziehungen

Von Georg Scheuer, Paris

Während an der Schwelle der 70er Jahre die große Annäherung und Verständigungsbereitschaft zwischen Ost und West begonnen hat, legt Frankreich neues Gewicht auf seine alten, in letzter Zeit aber stark vernachlässigten Beziehungen mit Afrika, insbesondere im westlichen, aber auch im östlichen Mittelmeer. Das ist der Hintergrund der letzten Vorgänge zwischen Cherbourg und Haifa.

### Zwei Hinweise...

... des französischen Staatspräsidenten in seiner letzten Fernsehbilanz erhalten jetzt erst ihre eigentliche Bedeutung: die Betonung der "französischen Anwesenheit im westlichen Mittelmeer" und die Unterstreichung "herzlicher" Beziehungen mit Libyen.

Daß ein relativ kleines Land wie Libyen in einer Gesamtschau überhaupt genannt wird, fiel sofort auf, umso mehr als viele andere wichtige Staaten und Weltteile bei dieser Gelegenheit keine Erwähnung fanden. Die außerdem noch betonte "Herzlichkeit" der französisch-libyschen Beziehungen war vielleicht noch ungewöhnlicher in der sonst so nüchternen Ansprache.

Der Sinn dieser Andeutungen wurde bald durch eine Reihe von diplomatischen Schritten verdeutlicht: Festigung und Vertiefung der Beziehungen Frankreichs mit den früheren nordafrikanischen "Departements" und "Schutzgebieten" Tunesien, Algerien und Marokko.

Außenminister Schumann reiste deshalb nach Tunis und Algier und verhandelte intensiv auch mit Rabat. Zum erstenmal seit dem Algerienkrieg kam ein Chef des Quai d'Orsay nach Algier. Vor allem aber wurden nach vierjähriger Unterbrechung die diplomatischen Beziehungen mit Marokko wieder aufgenommen. Sie waren 1965 wegen der Affäre Ben Barka abgebrochen worden.

### Strich unter die Vergangenheit

Die Entführung und Ermordung des marokkanischen Oppositionspolitikers mitten in Paris durch mysteriöse Geheimdienste mit Beteiligung des derzeit noch amtierenden marokkanischen Innenministers General Oufkir und mit Hilfe französischer Polizisten führte

bekanntlich zu einem aufsehenerregenden Prozeß. General de Gaulle unterbrach die diplomatischen Beziehungen mit Rabat und wollte sie erst nach Entlassung des beschuldigten marokkanischen Innenministers wieder aufnehmen. König Hassan weigerte sich aber, dieser französischen Forderung nachzukommen; er betrachtete sie als unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten Marokkos.

Unter dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Rabat litten in den letzten Jahren beide Länder. Präsident Pompidou liquidierte nun diesen "Schutt der Vergangenheit". Nach langwierigen Geheimverhandlungen zwischen dem französischen Außenminister Maurice Schumann und dem Generaldirektor des marokkanisch-königlichen Kabinetts Driss Slaoui werden die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen.

In diesen Rahmen fällt auch die Herstellung diplomatischer Beziehungen Frankreichs mit Libyen sofort nach dem revolutionären Umschwung in Tripolis.

#### Weltpolitische Verschiebungen

Die französische Regierung geht bei diesen Schritten von folgenden Überlegungen aus:

- \* 1. Der amerikanische Einfluß hat in Marokko auf Kosten der französischen Interessen zugenommen.
- \* 2. Durch den Nahost-Konflikt zwischen Israel und den arabischen Ländern entstehen gefährliche Spannungen im östlichen Teil des Mittelmeeres mit Rückwirkungen auch im westlichen Teil.
- \* 3. Sowjetische Kreuzer durchfahren das Mittelmeer, wo vorher die 6. US-Flotte vorherrschte.
- \* 4. Nach Algerien erklärte auch die neue libysche Regierung, sie werde den Sowjets gegebenenfalls logistische Stützpunkte zur Verfügung stellen.
- \* 5. Der NATO-Rat prüfte auf allen seinen letzten Tagungen die aus den vorgenannten Änderungen entstehenden strategischen Bedingungen für die europäische Verteidigung.

Paris will das Mittelmeer und die Mittelmeerländer nicht ausschließlich den zunehmenden Einflüssen der beiden außereuropäischen Großmächte überlassen.

Frankreich gehört trotz seines Austrittes aus der NATO weiterhin zum Atlantikpakt, verfolgt aber zugleich im Rahmen der westlichen Allianzen einen eigenen Kurs aufgrund herkömmlicher Beziehungen mit dem Maghreb. Als "Ergänzung" zur gegenwärtigen Ost-West-Entspannung spricht man in Paris von einer "Nord-Süd-Achse".

+ + +

A N H A N G

S P A N I E N 1969

Ein Jahr mit großen Umwälzungen

Spanien: Monarchie, Syndikatsgesetz, Bildungsreform und neues Kabinett  
Portugal: Parlamentswahlen wecken verschüttetes  
demokratisches Bewußtsein

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Iberiens Rebensäfte von 1969 versprechen einen "Jahrhundertwein". Das Jahr 1969 hat auch sonst die Pyrenäenhalbinsel stärker verändert als das Ende des Zweiten Weltkrieges. In Spanien wie in Portugal führte die ständige Auseinandersetzung zwischen autoritären Machthabern und demokratischen Strömungen zu einem Wandlungsprozeß, der das Aufkommen demokratischer Lebensformen begünstigt und die Annäherung an Europa fördert.

Für Spanien bildete die Proklamierung des Prinzen Juan Carlos zum künftigen König wohl den Höhepunkt der politischen Saison. Dabei ist die Monarchie umstritten geblieben. Nicht nur unverbesserliche Pessimisten sagen ihr nach ihrer Wiedereinsetzung keine allzu lange Lebensdauer voraus, halten sie aber für eine passable Übergangslösung im Stadium zwischen der faschistoiden Diktatur von gestern und der Demokratie von morgen.

Die 1969 beschlossene Erziehungsreform soll den Rückstand Spaniens aufholen, das bisherige Bildungsmonopol der besitzenden Schichten abschaffen und der Bevölkerung das Rüstzeug für das angebrochene Industriezeitalter verschaffen. Dies allein ist schon eine kleine Revolution.

Unerwartet heftig erweist sich der Widerstand breitester Bevölkerungskreise von den Arbeitnehmern bis zur Kirche und bis in die Spitzen des Regimes gegen das geplante neue Syndikatsgesetz, das den bisherigen Zustand der staatlich gesteuerten Zwangsorganisation für Arbeitnehmer und Unternehmer in der Form mildern, in der Sache aber konservieren soll. Über diesen Regierungsentwurf ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die neue Regierung, die praktisch die Entmachtung der Falange brachte, wird sich mit diesem Problem wohl nochmals auseinandersetzen müssen. Der neue Syndikatsminister Enrique García del Ramal gab dazu eine aufschlußreiche Erklärung in der "Vanguardia Española" ab: "Und ich frage, wie es zu erklären ist, daß in Ländern, die viele Jahre von den Sozialisten regiert wurden, kaum noch dieser Konflikt existiert. Als Beispiel diene Schweden. Wir müssen uns anstrengen, den Streik überflüssig zu machen, aber wenn der Arbeitskonflikt ausbricht, dann müssen wir ihn lösen".

Auch im Nachbarland Portugal schlägt für die Parteigänger des autoritären Staates die Stunde der Wahrheit. Die Parlamentswahlen im Oktober 1969 brachten der demokratischen Opposition zwar infolge des auf die gegenwärtigen Machthaber zugeschnittenen Wahlrechts nicht einen einzigen Parlamentssitz. Sie weckten aber in der Bevölkerung das demokratische Bewußtsein wie nie zuvor. Ein Jahr nach dem Rücktritt des "starken Mannes" Salazar erscheint es so gut wie ausgeschlossen, die umstrittenen Regierungsmethoden dieses vom Olymp gestürzten Allmächtigen in die Zukunft zu retten. Nach Jahrzehnten politischer Enthaltensamkeit findet das Volk Geschmack an demokratischen Praktiken. Die Regierenden müssen dies berücksichtigen, wenn sie nicht Kollisionskurs steuern wollen.